

# Basel soll weiter wachsen

Mehr Wohnungen für die Stadt – und mehr Mitsprache für die Bevölkerung

Von Franziska Laur

**Basel.** Verblüffend, wie wenig Frauen jeweils an Bauforen teilnehmen. Schliesslich muss jeder und jede wohnen. Doch vielleicht liegt es daran, dass Architekten gerne abgehoben reden. So war auch das Eingangsreferat des Architektursoziologen Joris Van Wezemael harte Kost für die am Montagabend rund 130 am Bauforum anwesenden Männer und die Handvoll Frauen.

Doch in der folgenden Diskussion bewies Wezemael, dass es auch anders geht. Er erzählte, man habe in einer Gemeinde einmal ein Grossprojekt realisieren wollen. Man investierte viel Geld, schickte Planer, welche informierten, und merkte in den letzten Wochen vor der Abstimmung: Das geht bachab. «Da dachten wir: Jetzt haben wir schon investiert, jetzt erzählen wir noch die Geschichte, die dahintersteckt.» Und siehe da, als man sagte, wie die Leute dort leben könnten und was sich für sie ändern würde, begann die Stimmung zu kehren und die Abstimmung wurde doch gewonnen.

Die verständliche Kommunikation war denn auch die Kernaussage, die im Laufe des Abends auch von den anderen Podiumsteilnehmern, Regierungspräsident Guy Morin, Architekt Jacques Herzog und Helvetia-Portfolio-Leiter Benno Flury, immer wieder bestätigt wurde. «Wenn ein Projekt nicht akzeptiert wird von der Bevölkerung, haben wir ein Problem», sagte Herzog.

## Fehler bei Ostentwicklung

Die Moderatorin Rahel Marti stellte auch die Frage in den Raum, weshalb in Basel private Grossprojekte wie eine Roche-Überbauung akzeptiert werden, während die Stadtentwicklung Ost, die allen hätte nützen können, bachab ging. «Bei Roche geht es um den Wohlstand der ganzen Stadt, das weiss jeder hier», sagte Morin. Doch Basel müsse sich auch bezüglich Wohnbauten entwickeln, sonst werde die Bevölkerung im Verkehr ersticken. «Wir haben jetzt schon rund 97 000 Zupendler pro Tag.» Es brauche bis zum Jahr 2035 rund



**Städte müssen sich ausweiten können.** Basel braucht bis in zwanzig Jahren rund 10 000 neue Wohnungen. Foto Keystone

10 000 neue Wohnungen. Und er sagte: «Wenn wir die Zersiedelung verhindern wollen, müssen die Städte stärker wachsen.» Joris Van Wezemael schlug vor, die Abstimmung über die Stadtentwicklung Ost nicht zu überschätzen. «Das war ein Zufallsergebnis. Ich würde nochmals abstimmen lassen und die Sache richtig erklären. Dann kommt es gut.» Morin bestätigte: «Es wird einen zweiten Schritt geben, ob in fünf oder zehn Jahren.» Und er fügte selbstkritisch hinzu: «Bei der Stadtentwicklung Ost haben wir nicht richtig kommuniziert.» Er erlebe die Bevölkerung im Gespräch nämlich als sehr offen und kooperativ.

Jacques Herzog formulierte trotzdem eine provozierende Feststellung: «Alle schönen Quartiere und Häuser in der Stadt sind entstanden, als die Leute noch nicht so mitreden konnten. Es ist eine Tatsache, dass Demokratie keine schönen Städte schafft.» Als Lösung

könne auch er nur die bessere Kommunikation anbieten, denn dass die Bevölkerung nicht mehr einbezogen werde, sei auch nicht in seinem Sinne.

Bei der Helvetia werde der Einbezug der Bevölkerung schon lange praktiziert, sagte Benno Flury. Man habe die Erfahrung gemacht, dass es bei einem grossen Projekt rund fünf Jahre dauere, bis man bauen könne. Doch das sei gut so, da man ja auch am langfristigen Ertrag interessiert sei.

## Bleistiftskizzen statt Bebilderung

Morin wies darauf hin, dass es auch ein Fehler gewesen sei, Projekte wie das Hafanareal oder die Stadtrandentwicklung Ost schon gleich zu Beginn mit Visualisierungen aufzuzeigen. Dadurch seien sie allzu fertig dahergekommen. Er habe seinen Leuten nahegelegt, nur noch mit Bleistiftskizzen zu arbeiten. «Bei Manhattan war niemandem bewusst, dass es Jahrzehnte dauern

wird, bis diese Bauten stehen, und dass sie dann vielleicht völlig anders daherkommen.»

In der nachfolgenden Publikumsdiskussion sagte SVP-Grossrat Roland Lindner dezidiert: «Ich bin seit Langem der einzige Architekt im Grossen Rat. Wenn nur ein Bruchteil der Baufachleute auch politisch tätig wäre, könnte die Faktenlage heute ganz anders aussehen.» Und er rief den Podiumsteilnehmern zu: «Geht in eure Büros und schaut, dass eure Leute mehr politisch mitarbeiten.» Andreas Albrecht, der zehn Jahre lang die grossräthliche Bau- und Raumplanungskommission präsidiert hatte, wies darauf hin, wie schwierig es seit jeher in Basel ist, auf grünen Wiesen zu bauen. Das zeige ja auch der Umstand, dass der Regierungspräsident nicht einmal seine eigene Partei, die Grünen, davon überzeugen konnte. «Ich habe es versucht und mich dabei sehr exponiert», erklärte dieser darauf.

## Nachrichten

### Basel und sein Tram als Wanderausstellung

**Basel.** Wie der Ausbau des Basler Tramnetzes bis ins Jahr 2020 erfolgen soll, zeigt eine Wanderausstellung, die gestern Abend im Lichthof des Baudepartements eröffnet wurde. Die Ausstellung läuft unter dem Namen «Haltestelle Zukunft: Basel und sein Tram» und gibt Einblick in dieses Vorhaben. Das Tramnetz ist in den letzten 80 Jahren nahezu unverändert geblieben. In der jüngsten Vergangenheit erfolgte die Verlängerung der Linie 8 nach Weil. In den nächsten Jahren sind weitere Ausbauten des Netzes geplant.

### Neue Subvention für die Fondation Beyeler

**Riehen.** Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, das Subventionsverhältnis mit der Fondation Beyeler zu verlängern, das für die Jahre 2016–2019. Die Fondation wird, sofern der Einwohnerrat zustimmt, für diese vier Jahre insgesamt rund 4,1 Millionen Franken von der Gemeinde Riehen erhalten. Die Fondation Beyeler sei eine Erfolgsgeschichte und habe sich seit der Gründung 1996 kontinuierlich zu einer der weltweit bedeutendsten Kunstinstitutionen entwickelt und ihre Angebote laufend erweitert. Riehen profitiere in vielerlei Hinsicht von der Ausstrahlung der Fondation Beyeler, begründet der Gemeinderat seinen Antrag.

### Arbeitgeberverband sagt Ja zum Taxigesetz

**Basel.** Der Vorstand des Arbeitgeberverbands Basel hat seine Parolen für die kantonalen Abstimmungen vom 15. November gefasst. Er sagt Ja zum neuen Basler Taxigesetz und verurteilt das Referendum der Gewerkschaft Unia. Diese wolle einerseits die Zahl der Taxis im Stadtgebiet limitieren und andererseits wieder eine Gesamtarbeitsvertragspflicht einführen. Ersteres wäre ein unverantwortlicher Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit, Letzteres klar nicht bundesrechtskonform, argumentiert der Verband.

### Basler Gerichtswahlen im nächsten April